

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Abteilungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

7. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 23. Dezember 1931

Nummer 213

Schlecks Weihnachtsgeschenk an die Kapitalisten

Sechs Millionen Staatsgarantie für sächsische Autoindustrielle!

Schied-Parteien einschließlich SPD-Führer für Subventionierung der Privatkapitalisten. So ergänzt Sachsen den Rotverordnungssturz: Lohnabbau für Proleten, Millionengeschenke für die Industrie!

Dresden, den 23. Dezember.

Gestern trat der Zwischenausschuß des sächsischen Landtages auf Wunsch der Schied-Regierung zusammen, um zur Subventionierung der sächsischen Autoindustriellen Stellung zu nehmen. Der Finanzminister der Schied-Regierung verlangte, daß dem neu gebildeten sächsischen Autotrakt, der sich aus den Wanderer, Audi, Horch- und Hispaner-Motorenwerten zusammensetzt, eine Staatsgarantie von 6 Millionen Mark bewilligt wird. Die Werke üben einen Druck mit der Drohung der Stilllegung aus. Die Schied-Regierung befreite sich, dem Wünsche der Industriellen zu folgen. Sämtliche Schied-Parteien, an der Spitze die SPD-Führer, erklärten ihre Zustimmung zu diesem Projekt, obgleich auch aus ihren Kreisen die Gefährdung der garantierten Gelder gegeben wird. Die Vertreter der kommunistischen Fraktion erhoben scharfe Anklage gegen diese neue geplante Kapitalisten-Subvention. Während der Rotverordnungssturz neben der Beseitigung politischer und sozialer Rechte einen Lohnabbau für alle Lohn- und Gehaltsempfänger diktiert wird hier das Geld der wertvollen Steuerzahler Privatkapitalisten in die Hände gegeben. Während den Renteneempfängern die Pensionbeträge gekürzt werden, erhalten die Industriellen Millionen zugewandt! Dieses Weihnachtsgeschenk an die Kapitalisten kennzeichnet das herrschende System. Diesem System sagt das wertvolle Volk, und an seiner Spitze die Arbeiterklasse, den Kampf an. Die kommunistische Partei mobilisiert die Massen gegen Rot und Reaktion durch außerparlamentarische Mobilisierung zum roten Volksentscheid gegen das Schied-Regime und seine sozialfaschistischen Handlanger, für ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland.

Bei Beginn der Zwischenausschuß-Tagung nahm der Vertreter der kommunistischen Fraktion das Wort zur Geschäftsordnung und verlangte, daß diese für die Öffentlichkeit wichtige Angelegenheit in einer öffentlichen Landtags-Sitzung behandelt werde. Es ist schon zur allgemeinen Praxis der sächsischen Regierung und auch im Landtag geworden, daß diese Sitzungen, erinnert sei nur an die Wieda-Angelegenheit, in die Zwischenberatung des Landtages verlegt werden. Jetzt sieht, daß bereits während der letzten Landtagstagung die Planung des Autotrakts in allen Einzelheiten bekannt war und auch bereits mit den bürgerlichen Fraktionen des Landtages durchgesprochen wurde.

Auf die Ausführungen des kommunistischen Vertreters hin verurteilte der sozialdemokratische Präsident Wedel sofort die Dinge abzuwählen und erklärte, daß seien doch „nur allgemeine Trends“ und die Regierung habe das Recht, diese Tagung zu verlangen.

Über um dieses „Recht“ wurde ja nicht gestritten, sondern um die Methode, daß wichtige Entscheidungen, vor allen Dingen solche, wo den Besitzenden Millionen in den Taschen geworfen werden, immer in dem Ausschuss behandelt werden. Aber die Sozialdemokratie frisst alles, was ihr von dieser Brünningskiste vorgelegt wird.

In der Behandlung ergriff der Finanzminister Hedrich das Wort zu dem Schreiben der Regierung. Er war jedoch gewarnt, am Anfang seiner Ausführungen eine Entschuldigungserklärung für die Regierung abzugeben, daß es nicht möglich gewesen sei, noch während der Landtagstagung diese Angelegenheit zu behandeln, da noch einige Besprechungen mit einer für den Autotrakt in Frage kommenden Autofirma nötig gewesen seien.

In der Begründung zur Denkschrift der Regierung war vor allen Dingen ein Ausspruch des Finanzministers von entscheidender Bedeutung. Dr. Hedrich erklärte: „Rein Mensch kann sagen, die Entwicklung gehen wird...“ Es ginge vor allem darum, die Arbeitsplätze für die sächsische Arbeiterklasse zu erhalten und deshalb müsse die günstige Lage der sächsischen Autoindustriellen und deshalb müsse die Zusammenfassung dieser vier Industriebetriebe zu einem Konzernbetrieb zu ermöglichen und zu unterstützen. Das können jedoch diese Werke aus eigenen Kräften nicht bewerkstelligen, sondern hier müsse der Staat seine Unterstützung angebotigen lassen. Das Einbringen von Kapital aus den bisherigen Autobetrieben reiche nicht aus, und es müsse zu diesem Zweck ein Bankenkonsortium gebildet werden, wo als führendes Konsortialbank die Sächsische Staatsbank in Frage komme. Dieses Konsortium müsse einen Betrag von 6 Millionen einbringen. Dieses Darlehen müsse auf die Zeitdauer von sechs Jahren zur Verfügung stellen. Für dieses Darlehen des Bankenkonsortiums an die GmbH müsse der Freistaat Sachsen die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen.

Nach den Ausführungen des Finanzministers ergriff der Direktor der Staatsbank das Wort. Aus seinen Ausführungen ging deutlich hervor, wie weit bereits die Verhandlungen gediehen sind. Auch ein Ausspruch von dieser Seite verdient festgehalten zu werden. Er erklärte: „Die deutsche Autoindustrie führt einen Kampf auf Leben und Tod.“ Soemer, Vorkämpfer und Sanomat seien bereits gefallen und die Generalmotorenwerke (ehem. Opel) beherrschten mit 160 Millionen Mark amerikanischen Geldes den Absatzmarkt.

Als erster Redner ging der sozialdemokratische Vertreter mit voller Begeisterung auf diese kapitalistische Sanierung

auf Kosten der Steuerzahler ein und befreite sie hundertprozentig. Er erklärte, man muß die Dinge jetzt anders betrachten, wie in normalen Zeiten, für sie gelte nur die sozialpolitische Frage und die Arbeiterbelange. Deshalb werde die Sozialdemokratie den Bestrebungen ihre Zustimmung geben. Die einzelnen bürgerlichen Vertreter, die das Wort ergriffen, wie die Staatspartei, Wirtschaftspartei, Volkspartei, Volkswirtschaftliche Partei, hatten selbst den Wunsch voll Bedenken. Sie mußten selbst zugeben, daß die Lage doch viel schwieriger sei als bisher angenommen wurde und die Übernahme von Staatsbürgschaften schon zum Regelzustand für die Industrie geworden sei. Zum Schluss erklärten sie jedoch alle ihre Zustimmung.

Der Vertreter der kommunistischen Fraktion legte in klaren Ausführungen den Standpunkt der kommunistischen Partei dar. Hier steht die Frage zur Debatte, ob die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt in der Lage sei, diese Wirtschaftskrise zu beseitigen. In Hand von diesen Beispielen wurde nachgewiesen, was diese Subventions- und Staatsbürgschaftspolitik bedeutet. Er erinnerte an die Kupferhütte Böhmen, an den Zusammenbruch der größten Lokomotivfabrik Borsig, wo 2,5 Millionen Arbeiterpöbel mit zum Teufel gingen, an den Zusammenbruch der Autofabrik Hanomag usw. Aber das beste Beispiel sei die Mansfelder Kupferbergwerk A.-G. Siebenhundert Millionen Mark habe damals die Reichsregierung dieser A.-G. in den Rücken geschleudert.

Die sozialdemokratische Erklärung, den Arbeitern würde durch Kapitalsubvention der Arbeitsplatz erhalten, ist nur eine demagogische Phrase.

Heute werden die Arbeiter in Mansfeld zu Tausenden auf die Straße geworfen. Neuerdings will man auch wiederum Steinkohlengruben im Lugau-Deilschener Gebiet, die dem sächsischen Staat gehören, stilllegen und es sollen 700 Mann aus dem Steinkohlpfaster gemornt werden. Hunderte von Kleinbetrieben stellen dieselbe Forderung der staatlichen Unterstützung und ein jeder habe das Empfinden, daß

diese Politik nur noch Transaktion und Unterstützung für die Großkapitalisten sei.

Die Kommunisten lehnen deshalb diese Subventions- und

Staatsbürgschaftspolitik ab und werden der Arbeiterschaft in eindeutiger Weise die Ergebnisse dieser Politik aufzeigen.

Die Sozialdemokratie als die Hauptstütze dieses kapitalistischen Systems

geht ihren Weg der Unterstützungs- und Isolierungspolitik bis zum Ende. Für sie steht nicht mehr die Frage des sozialistischen Ausweges, sie hat sich wie bei der faschistischen Offensive, mit Haut und Haaren dem kapitalistischen Staat und der kapitalistischen „Ordnung“ verschrieben.

Wenn die Sozialdemokratie erklärt, daß in der gegenwärtigen schweren Zeit unbedingt der Arbeitsplatz gehalten werden muß, so zeigt die Vergangenheit, daß die gesamte Isolierungspolitik nur dazu führte, den Besitzenden Millionen in den Rücken zu werfen, während der Arbeitsplatz den Arbeitern geraubt wurde. Die Erwerbslosenjahre in Sachsen und im Reich reden eine deutliche Sprache.

Die Kommunisten erklären, daß der Arbeiterschaft nur ein Ausweg gegeben ist:

Der außerparlamentarische Kampf um Lohn und Brot!

Das allein ist auch der Kampf um den Arbeitsplatz.

Verbrecher Borsig

Es werden Verbrechen begangen, über die ipalenlang in den Zeitungen geschrieben wird. Wenn zwei Arbeitslose in eine Bank einbringen und dort Geld holen, dann kauft die Polizei ihre Signalelemente in alle Himmelsrichtungen. Bei Hunderttausenden entläßt man sich prompt über die Demokratisierung des Volkes. Ein kleines Heer von Beamten wird auf die Spur der Notlücke gehen.

Es gibt andere, schlimmere, größere Verbrechen, bei denen die Polizei sich nicht einmisch, die bürgerliche Presse sich nicht aufregt, die Schuldigen nicht verurteilt werden. Ein solches Verbrechen ist jenen begangen worden. Wir meinen den Diebstahl der Herren Borsig an den 3 Millionen Mark, die 70 Prozent der Borsig-Belagschaft unter jahrzehntelangen Entbehrungen und Einschränkungen sich nachträglich zum Punde abgehauert und zur Werksparatasse getragen haben. Zur Werksparatasse, weil die Direktion einen moralischen Tugend ausübte und überdies versicherte, daß das Geld dort am sichersten angelegt sei.

O ja, es war sicher angelegt! Sicher allerdings nicht für die Sporer, aber sicher für die Herren Borsig in ihrem Schloss Reichenwerder. Denn jetzt stellt sich heraus: das „sicher angelegte“ Geld der kleinen Leute ist von den Borsigs bedenkenlos verpulvert worden.

Die 3000 Arbeiter, die zum Teil ein Menschenalter lang durch die Tore des Betriebes marschierten, müssen jetzt ebenso wie die Millionen andere den Trott durch die Tore der Stempelstellen antreten. Sie alle sind neue Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie. Aber doppelt zui-

So regiert die siegreiche Arbeiterklasse!

Fünftahrsplan vor Vollendung / Tagung des Zentralkomitees der Sowjetunion

Moskau, 22. Dezember. Heute beginnt in der roten Hauptstadt des Weltproletariats die Tagung des Zentralkomitees der Sowjetunion, der Regierung des einzigen Landes in der Welt, wo nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse herrscht. Die Sowjetmacht bildet heute zurück auf eine Reihe grandioser Erfolge im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung. Im letzten Jahre schuf sie alle Voraussetzungen für die Erfüllung des Fünftahrsplanes in vier Jahren. Mit der Vollendung des Fundaments des Sozialismus erbringt die Diktatur des Proletariats den Beweis, daß die Verwirklichung des Sozialismus in einem Lande möglich ist.

Während die ganze kapitalistische Welt in der drohenden Umklammerung der Krise einer fortschreitenden Zerrüttung an-

heimfällt und Millionen wertvoller Massen in geschichtlich beispielloses Elend stürzt, vollzieht sich in der Sowjetunion ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung in einem Tempo, wie es die kapitalistischen Länder nicht einmal in den Jahren ihrer Treibhausblüte erlebten.

Mit berechtigtem Stolz kann die „Armba“ heute schreiben:

„Die proletarische Diktatur wächst und erstarkt! Es wächst und erstarkt die Sache des Sozialismus in unserem Lande! Die Tagung des ZK, die unser Programm für das letzte Jahr des Fünftahrsplanes festsetzt, ist unbestritten eine der wichtigsten Ereignisse auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus, auf dem Wege des endgültigen Sieges des Sozialismus!“